

**Antrag /II/2018****Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Kein Initiativcharakter - Nichtbefassung (Kein Konsens)****Keine Renditeimmobilie am Checkpoint Charlie – Für eine gemeinwohlorientierte Entwicklung und ein würdiges Gedenken unter öffentlicher Kontrolle**

1 Die Abgeordneten in der SPD-Fraktion im Abgeordne-  
 2 tenhaus, die sozialdemokratischen Mitglieder des Berli-  
 3 ner Senats und die Mitglieder der Bezirksverordneten-  
 4 versammlung Berlin-Mitte werden aufgefordert, sich da-  
 5 für einzusetzen, die unbebauten Flächen am Checkpoint  
 6 Charlie einer gemeinwohlorientierten Nutzung zuzufüh-  
 7 ren und dabei insbesondere für ein würdiges Gedenken  
 8 an den alliierten Kontrollpunkt, an Flucht und die Berlin-  
 9 Krisen 1948, 1958 und 1961 einzutreten. Dabei müssen alle  
 10 rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

11

12 Insbesondere sollte das Land Berlin im Falle einer  
 13 (Zwangs-)Versteigerung des Geländes gleichberechtigt  
 14 mitbieten. Falls ein Ankauf der Grundstücke direkt aus der  
 15 Insolvenzmasse erfolgt, ist das vertragliche Vorkaufsrecht  
 16 vorausschauend, ernsthaft und konsequent zu prüfen  
 17 und soll für künftige Verkaufsfälle (auch als „share-deal“)  
 18 erhalten bleiben. Der avisierte Vertrag mit dem Investor  
 19 Trockland, auf dessen Grundlage das Land Berlin in dem  
 20 geplanten Neubau die Einrichtung eines Museums für  
 21 mehr als 700.000 EUR im Jahr anmieten soll, muss kritisch  
 22 geprüft werden.

23

24

**25 Begründung**

26 Die öffentlich gewordenen Pläne zur Bebauung der Frei-  
 27 flächen am Checkpoint Charlie haben deutlich gemacht,  
 28 dass eine gemeinwohlorientierte Nutzung dieser Grund-  
 29 stücke, die ein würdiges Gedenken an die zentrale his-  
 30 torische Bedeutung dieser Stätte für die Geschichte Ber-  
 31 lins und der Bundesrepublik Deutschland insgesamt ein-  
 32 schließt, politischer Steuerung bedarf. Gegen das Vorha-  
 33 ben des Investors Trockland, der die Flächen vorrangig  
 34 kommerziell nutzen und dem Land Berlin einen Gedenk-  
 35 ort nebst Freifläche sowie Erdgeschoss- und Kellerflächen  
 36 für ein Museums gegen Mietzahlung einräumen will, be-  
 37 stehen ästhetische – über dem geplanten Museumsflä-  
 38 chen wünscht der Investor sich laut Presseberichten ein  
 39 „Hard Rock“-Hotel – und – ungeachtet des Umstands,  
 40 dass auch 2340 m mietpreis- und belegungsgebundener  
 41 Wohnraum entstehen sollen – zudem politische Beden-  
 42 ken.

43

44 Zu kritisieren ist insbesondere, dass Trockland bereits zur  
 45 Übernahme der Grundschulden, die auf den betroffenen  
 46 Grundstücken lasten, Risikokapital unbekannter Herkunft  
 47 eingesetzt hat und im Übrigen eine äußerst unübersicht-

48 liche Konzernstruktur unter Beteiligung mehrerer aus-  
49 ländischer Investmentgesellschaften aufweist – woher  
50 die einzusetzenden Gelder stammen und wohin Gewin-  
51 ne im Trockland-Verbund fließen, lässt sich daher nur  
52 schwer verfolgen (dazu näher <http://t1p.de/9I9v>). Solche  
53 Konstruktionen dienen üblicherweise – bestenfalls – der  
54 Steueroptimierung und Steuervermeidung, schlimmsten-  
55 falls ermöglichen sie Steuerbetrug und Geldwäsche. Ei-  
56 nem solchen Konstrukt sollte die öffentliche Hand nicht  
57 leichtfertig mehrere hunderttausend Euro jährlich zufüh-  
58 ren. Hinzu kommt, dass Trockland-Gesellschafter Hesel  
59 Nathaniel im Interview mit dem Tagesspiegel vom 29. Sep-  
60 tember 2018 (online abrufbar unter <http://t1p.de/nrb6>)  
61 gedroht hat, dass Trockland die Zwangsversteigerung der  
62 beiden betroffenen Grundstücke als Gläubiger der valu-  
63 tierenden Grundschulden betreiben wird, wenn das Land  
64 Berlin die bereits in einem „Letter of Intent“ abgesteck-  
65 ten Forderungen des Investors nicht erfüllt. Die öffentli-  
66 che Hand sollte sich nicht erpressen lassen! Vor dem Hin-  
67 tergrund dieser Sachlage sollte die SPD Berlin darauf hin-  
68 wirken, dass die öffentliche Hand die Grundstücke bes-  
69 tenfalls selbst erwirbt, sie aber jedenfalls in den Dienst  
70 einer langfristig ausgerichteten Stadtentwicklungspolitik  
71 stellt, die wichtiger ist als private Profitinteressen.